

Juri Dschibladse

Die Perspektiven der Bürgerrechtsbewegung in Russland

Eröffnungsvortrag bei der Versöhnungsbund-Tagung »Russland heute
– Aufbau der Zivilgesellschaft oder auf dem Weg in die Diktatur?«

Redaktionelle Vorbemerkung: Seinen Vortrag hat Juri Dschibladse entsprechend der SWOT-Analyse strukturiert. SWOT = Internal Strengths (innerliche Stärken), internal Weaknesses (innerliche Schwächen), external Opportunities (äußere Möglichkeiten), external Threats (äußere Bedrohungen)

■ Äußere Bedrohungen

Druck der staatlichen Macht auf die bürgerliche Gesellschaft

■ Die Staatsführung versucht, die bürgerliche Gesellschaft als ihr eigenes Instrument im System der »lenkbaren Demokratie« zu benutzen, und zwar als Ressource für die Mobilisierung der öffentlichen Unterstützung für den Kurs des Präsidenten sowohl im In- als auch im Ausland.

■ Wenn es ihm nicht gelingt, die unabhängigen Nicht-Regierungsorganisationen (NGO; als Abkürzung für den englischen Begriff Non-governmental organization) und analytische Zentren zu unterdrücken und zu kontrollieren, nimmt der Kreml sie als Kraft wahr, die die Macht des Präsidenten Putin, das System »der lenkbaren Demokratie« und die Interessen der neuen politischen Elite in Person der ehemaligen Mitarbeiter des Sonderdienstes und dem Kreml nahen Businessstrukturen bedroht. Es wird deshalb versucht, die unabhängigen NGO öffentlich abzuwerten, indem sie als »antirussische Macht« bezeichnet werden, die westliche Interessen oder diejenigen von »Verrätern« etc. vertreten.

■ Beginnend mit dem Appell des Präsidenten bei der Föderativen Versammlung im Mai 2004 entfaltete die staatliche Macht Angriffe auf die Bürgerrechtsbewegung und die unabhängigen NGO. Seither verbreitet sich die Ideologie von Russland als der »belagerten Festung«. Nach dem Motto »wer nicht mit uns ist, ist gegen uns« werden die Bürgerrechtsbewegung und die Regimekritiker zu »inneren Feinden«, zur »fünften Kolonne« erklärt. In der Präsidentenadministration verbreitet sich die »orange Paranoia«: NGO – besonders diejenigen, die mit ausländischen Partnern und Spendern zusammenarbeiten – werden als Organisatoren der künftigen »bunten Revolution« im Russland angenommen. Präsident Putin erklärte im Sommer 2005: »Ich widerspreche entschieden jeder ausländischen Finanzierung von politischer Tätigkeit.«

Die Angriffe auf ausländische Spender und NGO nehmen zu, man trägt sie in »schwarze Listen« ein.

■ Unabhängige NGO und ihre Aktivisten werden immer öfter Objekt juristischer Verfolgung und staatlichen Drucks bis hin zur Liquidation der Organisationen unter formalen und erdachten Vorwänden. Besonders betroffen sind davon die NGO, die in den für den Staat besonders sensiblen Bereichen wie Folter, Willkür der Miliz, Korruption, Verletzung der Menschenrechte in der Armee, Psychiatrie, ethnische Diskriminierung usw. tätig sind.

■ Die Atmosphäre der Angst angesichts der Bedrohung durch den Terrorismus und aller Art von »Feinden«, wachsende Fremdenfeindlichkeit und antiwestliche Stimmung, Wiederbelebung nationalistischer Gefühle, die die Staatsmacht sachkundig lenkt, machen die pro-demokratischen Kräfte und unabhängige NGO besonders angreifbar bezüglich ihrer Zusammenarbeit mit ausländischen Partnern, der Finanzierung aus westlichen Quellen, wie auch die Weitergabe von Informationen über Menschenrechtsverletzungen an internationale Organisationen und ihrer Aktionen für die Einstellung des Krieges in Tschetschenien sowie der Verteidigung von ethnischen Minderheiten.

■ Seit 2001 verschärft der Staat kontinuierlich die Steuergesetzgebung, die auf die Begrenzung der unabhängigen Finanzquellen der NGO sowohl im Inland als auch im Ausland gerichtet sind. Als Folge vermindern sich die finanziellen Ressourcen und die Standfestigkeit der NGO, besonders derjenigen, die die Menschenrechte verteidigen.

■ Der staatliche Angriff auf die Ölgesellschaft »JUKOS« (und ihre Aktionäre), die zahlreiche unabhängige Organisationen mit Spenden aktiv unterstützt hat, beschädigen und gefährden die erst vor wenigen Jahren entstandenen zivilgesellschaftlichen Entwicklungen.

Verminderung der Möglichkeiten der NGO, die Politik infolge der antidemokratischen Veränderungen zu beeinflussen.

■ Die auf dem autoritären System der zentralisierten Leitung gegründete »lenkbare Demokratie« entwickelt sich immer weiter und schafft einen geschlossenen elitären Prozess der staatlichen Politikgestaltung. Das politische System wird zunehmend intransparent und entzieht sich der Einwirkung und der Kontrolle durch die Gesellschaft.

■ Die Kommunikationskanäle zwischen der bür-

gerlichen Gesellschaft und der Staatsmacht werden schlechter. Die wenigen progressiven Beamten, die es gibt und die mit den NGO zusammengearbeitet haben, verlassen zunehmend die Regierung und die Behörden. In den letzten fünf Jahren gegründete verschiedene Kanäle und Mechanismen der Zusammenarbeit wie verschiedene Arbeitsgruppen, Sachverständigenräte usw. werden infolge der Etablierung der Öffentlichkeitskammer als faktischem Monopolkanal geschlossen. In vielen Regionen Russlands hören die Beamten auf, mit den NGO zusammenzuarbeiten, da es »gefährlich« ist. Ein Rat für die Menschenrechte beim Präsidenten bleibt als letzter unabhängiger Kanal der Zusammenwirkung, wo die Bürgerrechtsbewegung die Möglichkeit hat, heikle Fragen anzuschneiden.

■ Das Parteiensystem wird vom Krenl gelenkt und befindet sich fast vollständig unter seiner Aufsicht. Die politischen Parteien sind schwach geworden und haben immer weniger Bedeutung als Akteure des politischen Systems, was die Zivilgesellschaft insgesamt und die Möglichkeiten der Einflussnahme auf politische Prozesse schwächt

■ Wahlen auf allen Ebenen werden vom Staat manipuliert und sind damit nicht mehr »ehrlich und gerecht«. Die Wahlen von Bürgermeistern und Abgeordneten für die Staatsduma wurden abgesagt. Die Bevölkerung verliert das Interesse an und das Vertrauen in Wahlen. Nach den jüngsten Veränderungen in der Wahlgesetzgebung wurde den NGO das Recht entzogen, die Wahlen unabhängig zu beobachten.

■ Rede- und Informationsfreiheit sind sehr begrenzt. Die elektronischen Massenmedien sind unter die Kontrolle des Kremles gestellt, Pressenmedien sind geschwächt und haben keinen großen Einfluss. Als Folge wurden die kommunikativen Möglichkeiten der NGO bedeutend geschwächt.

■ In den Jahren 2003/2004 wurden auf Initiative des Kremles neue antidemokratische Gesetze verabschiedet, die die Organisation von Referenden, Kundgebungen und Demonstrationen sowie die Arbeit von Parteien etc. erschweren.

■ Es gibt wenig demokratische Kultur, es herrscht eine gesellschaftliche Apathie, das Vertrauen zu allen politischen Institutionen ist gering – auch zu NGO –, eine paternalistische Mentalität ist weit verbreitet, der »Putinismus« findet in Verbindung mit dem gestiegenen Lebensstandard breite Zustimmung.

■ Das Verständnis der Menschenrechte und ihrer Bedeutung ist in der Bevölkerung gering, die Kenntnisse über Bedeutung und Tätigkeit der Bürgerrechtsbewegung sowie deren Unterstützung ebenfalls.

Verminderung der Möglichkeiten, internationale Hebel zur Beeinflussung auf die Innenpolitik zu benutzen.

■ Andere Staaten, vor allem Mitglieder der EU sowie die USA, sind mit der Schwächung der politischen Institutionen durch die Staatsführung einverstanden und verschließen die Augen vor der zunehmenden Verletzung der Menschenrechte in Russland – im Austausch gegen eine »strategische Partnerschaft im Kampf gegen den globalen Terrorismus« und die Sicherstellung ihrer Energieversorgung durch russisches Öl und Gas.

■ Zwischen- und überstaatliche Organisationen wie UNO, OSZE und Europarat sind sehr zurückhaltend in ihrer Kritik an der Verletzung der Menschenrechte und der Schädigung und Schwächung der Demokratie, weil sie die Verärgerung Russlands als eines der wichtigsten Mitglieder dieser Organisationen fürchten.

■ Die EU unterschätzt das Problem der wachsenden Spanne in der demokratischen Entwicklung zwischen an die EU angrenzende Staaten des östlichen und zentralen Europas einerseits und den GUS-Staaten andererseits sowie die negative Rolle Russlands in diesem Prozess.

■ Die internationalen und ausländischen Spender, Unterstützer und NGO, die im Bereich der Förderung der Entwicklung von Demokratie und Menschenrechten arbeiten, stellen einerseits ihre Aufmerksamkeit angesichts der wechselnden globalen Prioritäten von Russland auf die islamische Welt um und fürchten andererseits angesichts des hohen Risikos des Scheiterns sowie angesichts der unfreundlichen Atmosphäre im Land, aktiv in Russland zu arbeiten.

■ Innere Schwächen

■ Die bürgerlichen Organisationen sind zu stark »nach innen« orientiert. Sie beschränken sich auf die Arbeit im eigenen Sektor und entwickeln nicht das Bestreben und die Fähigkeit, aktiv im öffentlichen Raum tätig zu sein, d.h. mit der Bevölkerung zusammenzuwirken und sie für die Unterstützung ihrer Forderungen und der Ausbreitung ihrer Werte zu mobilisieren.

■ Die Mehrheit der NGO besitzt nicht die nötige Fähigkeit zur Analyse der gesellschaftlichen Probleme, der staatlichen Politik sowie zur Erarbeitung und Entwicklung von Gegenvorstellungen und Kampagnen zu deren Umsetzung

■ Mehrere NGO, besonders diejenigen im sozialen Bereich, sind vollkommen damit einverstanden, sich auf die Rolle als Helfer des Staates zu begrenzen und dafür staatliche Unterstützung als Ersatz zu bekommen.

■ Die Spanne zwischen den politisch aktiven NGO, die sich mit den Fragen der gesellschaftlichen und staatlichen Politik sowie der internationalen Zusammenarbeit beschäftigen, und solchen, die damit einverstanden sind, unter staatlicher Aufsicht zu arbeiten und »sich von der Politik fernzuhalten«, wächst.

■ Der Druck auf die unabhängigen NGO und die Bürgerrechtsbewegung von Seiten der GONGO (regierungsnahe bzw. staatlich organisierte »NGO«, Übersetzung von »Governmental organized NGO«), die den Interessen der autoritären Macht dienen, nimmt zu.

■ Innere Stärken

■ In der Eigenwahrnehmung der NGO und insbesondere der Bürgerrechtsbewegung besitzt ihr Engagement eine hohe Autorität, da es sich auf hohe moralische Werte stützt. Die Verbindung der modernen Bürgerrechtsbewegung mit den Traditionen der demokratischen Bürgerrechtsbewegung der sowjetischen Zeiten, gestützt auf deren moralischen Werte und ihre Verankerung in der Tradition, wirkt sich positiv auf die Autorität der heutigen NGO aus.

■ Die Anzahl der Bürgerrechtsgruppen und anderer NGO sowie ihre institutionellen Möglichkeiten sind seit den 1990er Jahren gewachsen. Sie handeln in allen Regionen des Landes und beschäftigen sich mit dem breiten Spektrum der gesellschaftlichen Probleme.

■ Ein zwar geringer aber einflussreicher Kreis der führenden NGO hat gelernt, professioneller zu arbeiten und dabei moderne Arbeitstechniken zu benutzen. Dies sind Monitoring, bürgerliche Expertise, Analyse der Gesetzgebung und Politik sowie Ausarbeitung von Empfehlungen, Verhandlungen, öffentliche Kampagnen, gesellschaftliche Kontrolle, Aufklärungskampagnen, institutionelle Entwicklung und Management der NGO.

■ Führende NGO begreifen ihre Rolle als aktive Mitglieder des gesellschaftlich-politischen Prozesses, insbesondere in den Fragen der Demokratieentwicklung und des Widerstandes gegen Autoritarismus.

■ Einige NGO haben aktiv den Aufbau von Netzwerken und Koalitionen auf der nationalen und regionalen Ebene betrieben.

■ Führende NGO arbeiten aktiv auf internationaler Ebene und nutzen den Hebel des internationalen Einflusses auf die Lage innerhalb des Landes. Sie wirken aktiv mit bei der UNO, beim Europarat, bei der OSZE und vor kurzem auch mit der EU und ihren Mitgliedern im Rahmen des Dialoges EU – Russland in der Frage der Menschenrechte.

■ Äußere Möglichkeiten

■ Auf dem Hintergrund des »gesicherten« gesellschaftlich-politischen Raumes und der außerordentlichen Schwäche des Parteiensystems werden die NGO immer mehr als praktisch einzige, ohne Aufsicht des Kremls bleibende, pro-demokratische

Kraft, als Kanal für alternative Informationen, Kommunikation und des öffentlichen Dialoges von der demokratischen Öffentlichkeit und dem sozial aktiven Teil der Bevölkerung, besonders von den jungen Leuten, wahrgenommen. Das erhöht die Chancen auf die Ausweitung der Basis sozialer Unterstützung der bürgerlichen Organisationen und die Teilnahme der Bevölkerung an der Tätigkeit der NGO.

■ Es gibt eine Unzufriedenheit in der Bevölkerung mit den sozialen Reformen (soziale Sicherheit, Alters- und teilweise Wohnraumversorgung), wegen der Misserfolge des Staates bei der Verwirklichung dieser Reformen, wegen der Unsicherheit bezüglich der bevorstehenden Reformen (Gesundheitswesen, Bildung, Wohnreformen etc.), wegen des Fehlens eines adäquaten öffentlichen Dialoges über die Probleme der sozialen Reformen, wegen der inadäquaten Wahrnehmung von staatlicher Seite der öffentlichen Unzufriedenheit und der Kritik in diesen Fragen – das alles gibt den NGO die Möglichkeit, als führende Kraft die öffentlichen Interessen zu vertreten und zu verteidigen.

■ Die Bevölkerung ist besorgt über die Bedrohung durch den Terrorismus, fürchtet um ihre Sicherheit und nimmt den Staat als unfähig wahr, diese Sicherheit zu garantieren. Dies ermöglicht es NGO, als sachverständige und organisierende Kraft im Bereich des Gleichgewichts zwischen den Rechten und den Freiheiten einerseits und der Sicherheit andererseits aufzutreten.

■ Einige wenige unabhängig gebliebene Pressemedien beginnen, die NGO als ihre Verbündeten und als legitime politische Kraft wahrzunehmen.

■ Wirtschaftskreise beginnen langsam, die NGO als ihre Verbündeten bei der Gegenwirkung zu den autoritären Tendenzen und den Bemühungen des Kremls bezüglich der Kontrolle über das Wirtschaftsleben wahrzunehmen.

■ Dank ihrer internationalen Aktivität, der erfolgreichen Zusammenarbeit mit zwischenstaatlichen Organisationen, ausländischen Partnern und Netzen beginnen die russische NGO, seriöse Autorität und einen guten Ruf in der Welt (zwischen NGO, zwischenstaatlichen Organisationen und Regierungen) zu gewinnen.

Juri Dschibladse ist Präsident des Zentrums für Demokratie und Menschenrecht in Moskau und derzeit auch Vorsitzender der Allrussischen Koalition für Ersatz- und Zivildienst. Dieser Text ist die gekürzte und redaktionell bearbeitete Fassung seines Vortrages bei der Tagung »Russland heute – Aufbau der Zivilgesellschaft oder auf dem Weg in die Diktatur?«, die der Versöhnungsbund Anfang Oktober 2005 in Berlin veranstaltete. Übersetzung: Olga Sokolovskaya

